

II-2277 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesXIII. Gesetzgebungsperiode**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 010.035-Parl./73

Wien, am 13. März 1973

An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1010 W i e n

1052/A.B.  
zu 1120 /J.  
Präs. am 20. März 1973

Die schriftliche parlamentarische  
Anfrage Nr.1120/J-NR/73, die die Abgeordneten  
Dr.Kaufmann und Genossen am 15.Februar 1973 an mich  
richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1): Die Beantwortung der Gerichtsfragebögen hat sich im Sinne des Art.22 Bundes-Verfassungsgesetz auf alle der Schule zur Verfügung stehenden Unterlagen zu stützen, insbesondere auf die Eintragungen im Klassenkatalog (bis 1950), bzw. ab diesem Zeitpunkt auf die Eintragungen im Erziehungsbogen.

ad 2): Eine Aufstellung über die Zahl der Ersuchen der Gerichte existiert nicht; die Anfragen der Gerichte haben das Dutzend kaum überschritten.

ad 3): Gemäß Art. 22 Bundes-Verfassungsgesetz sind alle Behörden zur Rechtshilfe verpflichtet; das war auch der Grund der Auflage des Gerichtsfragebogens.

Diese Verpflichtung konkurriert in gewissen Fällen mit der Amtsverschwiegenheit gem.Art.2 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz. Hierbei wurde vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst das jeweils schwerer wiegende öffentliche Interesse beachtet.

